Wie viel ist uns Sicherheit wert?

Es ist der Kommission Armee Sarganserland-Walensee der Sarganserländischen Talgemeinschaft wichtig zur bevorstehenden Abstimmung vom 29. November betreffend die Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» Stellung zu nehmen: Die Kommission empfiehlt ein Nein.

Die Konsequenz einer Annahme wäre eine mit der Sicherheitspolitik der Schweiz nicht zu vereinbarende totale Ausland-Abhängigkeit. Denn: Ohne Exportfähigkeit keine Schweizer Wehrindustrie, ohne eigene Schweizer Wehrtechnik-Basis kein glaubwürdiger Aufwuchs, ohne Aufwuchs keine unabhängige Sicherheitspolitik.

Das Schweizervolk hat seinen Willen zu einer eigenständigen, auf Bündnisfreiheit und Milizarmee basierenden Sicherheitspolitik in allen Abstimmungen seit 1989 klar bestätigt. Auch diese Initiative ist «alter Wein in neuen Schläuchen». Ein Rüstungsexport wurde letztmals 1997 mit 77,5 Prozent der Stimmen und von allen Ständen an der Urne zu Recht verworfen.

Die Wahrung der Souveränität des Landes bedingt eine wehrfähige Armee. Fehlt die Fähigkeit, die Ausrüstung der Armee bei einer Verschärfung der Sicherheitslage zumindest teilweise aus eigener Kraft sicherzustellen, so kollabiert das ganze Aufwuchskonzept. Die Auswirkungen der GSoA-Exportverbots-Initiative sind für unsere Sicherheitspolitik und den Wirtschaftsstandort beträchtlich. Es wäre verantwortungslos, Tausende von Arbeitsplätzen aufs Spiel zu setzen und unsere Sicherheit zu gefährden.

Die allfällige Annahme der Initiative wird in der Region Sarganserland-Walensee ebenfalls Arbeitsplätze tangieren. Mittelfristig werden auch die Arbeitsplätze im zivilen Geschäft betroffen sein.

«Die Ruag rechnet bei Annahme der Export-Initiative mit massiven Auswirkungen auf das Unternehmen. 2000 Arbeitsplätze stehen bei der Ruag auf dem Spiel. Sie setzt sich deshalb gegen die Export-Initiative zur Wehr», wie Daniel Glauser, Leiter RTS GAZ und RTS GAZ OST, in Mels festhält. Die Ruag hält sich an das bestehende Exportregime nach Schweizer Recht, das bereits heute strenge Vorgaben und Einschränkungen für die Ausfuhr vorgibt.

Für die STG-Kommission Armee Sarganserland-Walensee: Nationalräte Elmar Bigger (SVP), Jakob Büchler (CVP) und Walter Müller (FDP)

Krieg schafft Arbeitsplätze

(Auszug) In rund 100 Länder hat die Schweizer Waffenindustrie in den letzten Jahrzehnten Kriegsmaterial verkauft. Kein Konfliktgebiet, in dem nicht mit Schweizer Waffen getötet wird. Burma, Irak, Iran, die Militärdiktaturen Südamerikas, das Apartheid-Regime Südafrikas – das waren und sind nur einige der illustren Kunden der Schweizer Rüstungskonzerne.

Die Schweiz ist ein neutrales Land, ein humanitäres Land, ein Land, das weltweit mit Erfolg seine guten Dienste anbietet, Not- und Entwicklungshilfe leistet, das Land mit Sitz des Roten Kreuzes. Das verträgt sich nicht mit Rüstungsexporten, mit Beihilfe zur Aufrüstung und zur Kriegsunterstützung.

Die offizielle Schweiz beziehungsweise das Staatsekretariat für Wirtschaft (Seco) beteuert zwar immer wieder Rüstungsexporte in kriegsführende Länder oder in solche, die die Menschenrechte nicht einhalten, würden, nicht bewilligt. Leider bewilligt der Bundesrat aber immer wieder Ausnahmen.

Die restriktive Praxis, wie sie von Initiativgegnern herausgestrichen wird, genügt eindeutig nicht, weil sie immer wieder der Geschäftsgier zuliebe durchbrochen wird. Es braucht ein Verbot für Geschäfte mit dem Töten.

Die fiese Plakatwerbung der Gegner beklagt den grossen Arbeitsplatzverlust. Es sind jedoch nur vier Firmen, welche heute die Branche Kriegsmaterialexporte dominieren: Rheinmetall Air Defence (die frühere Oerlikon Contraves), die Mowag, die Ruag und die Pilatus Flugzeugwerke. Diese Unternehmen sind zusammen für etwa drei Viertel der Rüstungsausfuhren verantwortlich. Die Waffenexportindustrie bietet in der Schweiz etwa 5000 Arbeitsplätze. Selbst die «Schweizerische Gesellschaft Technik und Armee» – eines der wichtigsten Foren der Schweizer Rüstungsindustrie – schrieb vor einem Jahr: «Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind die Kriegsmaterialausfuhren bedeutungslos.»

Ruedi Blumer, SP-Kantonsrat, Gossau

Munition fürs Ausland? Die GSoA-Initiative über das Verbot von Kriegsmaterial-Exporten bewegt die Leserbriefschreiber – im Bild die Munitionsabteilung des Rüstungskonzerns Ruag in Thun. Bild Alessandro della Valle/Keystone

Mir steht es bis zum Hals

Wie es um unsere Gesellschaft steht, kann man sehr gut an der momentanen Diskussion bezüglich des Verbotes für den Export von Kriegsmaterial sehen. Den Wirtschaftsbossen und Politikern geht es einzig und allein nur um das zu verdienende Geld. Sie bewerfen uns Tag für Tag mit neuen Horrorszenarien, welche eintreten werden, wenn wir diese Vorlage annehmen. Welche das ihrer Meinung nach sind, wissen wir ja nun zur Genüge.

Aber wie sieht es mit der anderen Seite aus, mit der menschlichen? Ist uns eigentlich bewusst, worum es im Endeffekt geht? Kennen wir nicht alle die schrecklichen Bilder aus den Nachrichten von toten und verstümmelten Menschen? Von elternlosen Kindern und zerstörten Existenzen? Denken wir Schweizer eigentlich immer noch, dass wir daran unbeteiligt wären, solange wir nur nicht selber direkt involviert oder betroffen sind?

Wacht endlich auf und setzt ein Zeichen! Denn wir tragen an diesen grauenhaften Taten genauso unsere Mitschuld, solange wir weiterhin unser ach so wertvolles Tötungsmaterial verscherbeln, das Blutgeld einstecken und es uns damit gut gehen lassen. Einfach nur ein betroffenes Gesicht machen, ändert an dieser Tatsache absolut gar nichts.

Claudio Büsser, Uznach

Verlust jeglicher Einsatzbereitschaft

Die Offiziersgesellschaft von See und Gaster setzt sich kritisch mit den Interessen der Schweizer Armee und der Schweizerischen Sicherheitspolitik auseinander. Als solche empfehlen wir dringend, die GSoA-Exportverbots-Initiative vom 29. November abzulehnen.

Die Exportverbots-Initiative der GSoA, welche die Abschaffung der Schweizer Armee zum Ziel hat, ist kontraproduktiv und arbeitet an der Sicherheitspolitik des Bundes vorbei. Im Rahmen der Armee XXI und des Entwicklungsschrittes 08/11 wurde eine personelle Reduktion der Schweizer Armee auf so genannte «Aufwuchskerne» beschlossen. Das heisst, dass die Armee nicht mehr fortlaufend die Bereitschaft zur Abwehr eines militärischen Angriffs aufrechterhält, sondern lediglich die dazu nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten bewahrt und weiterentwickelt.

Man nimmt also bei der aktuellen Sicherheitslage bewusst Lücken in Kauf, unter der Annahme, dass man diese im Ernstfall in nützlicher Frist füllen kann. Und genau hier kommt die Schweizer Rüstungsindustrie ins Spiel: Ohne sie könnten im Krisenfall die materiellen Lücken niemals geschlossen werden. Eine Annahme der Exportverbotsinitiative würde das Ende der Schweizer Rüstungsindustrie und somit auch den Verlust jeglicher Einsatzbereitschaft der Armee bedeuten.

Im Auftrag des Vorstandes: Oblt Thomas Ebinger, Offiziersgesellschaft von See und Gaster

Leuenberger ist auf einem Auge blind

Zum Interview «Die 21 Milliarden brauchen wir» in der Ausgabe vom 8. November.

Bundesrat Leuenberger scheint mit einem seltsamen Leiden behaftet zu sein: Auf einem Auge ist er blind, und auf dem andern will er nichts sehen. Für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs fordert er mindestens 21 Milliarden an Steuergeldern, ohne nur einen Gedanken daran zu verschwenden, ob dieser Ausbau tatsächlich nötig ist. Er ist blind gegenüber der Tatsache, dass der Ausbau des Bahnnetzes nicht unausweichliches Naturgesetz, sondern Folge der masslosen Zunahme der Bevölkerung ist.

Würde die Einwohnerzahl nicht jährlich um 100 000 Personen zunehmen, stünden nicht die Finanzierung von Neubauprojekten, sondern nur der Unterhalt des bestehenden Schienennetzes und die Erneuerung des Fahrzeugparks zur Diskussion. Das wäre ohne Verschuldung bezahlbar. Und er verschliesst das andere Auge vor der Realität, dass der öffentliche Verkehr nicht – weder heute noch in Leuenberg'scher Zukunft – in der Lage ist, die Pendlerströme allein zu bewältigen. Es braucht den privaten Autoverkehr, ob es dem Verkehrsminister passt oder nicht.

Offensichtlich gefrustet, will er nun das bewährte und einfache System der Steuer auf Benzin und Diesel durch eine so genannte Mobilitätsabgabe ersetzen, um damit den Autofahrer noch mehr zu schikanieren. Was eine solche Umstellung kostet und welch immenser bürokratischer Aufwand damit verbunden ist, kümmert den auf fernen Wolken schwebenden Schöngeist nicht im Geringsten. O Mutter Helvetia, womit haben wir das verdient?

Hansjürg Fitzi, Amden

Unsensibler Stadtrat gegenüber der Natur?

Beim Lesen der Zeitung vom 30. Oktober 2009 traute ich meinen Augen kaum, da stand doch tatsächlich: Der Stadtrat prüft derzeit einen Antrag an die Adresse des Kantons, wonach das Symphonieorchester St. Gallen ein Sommerkonzert aufführen könnte. Die Stadt hat eine Seebühne nicht aus den Augen verloren.

Wer ist die Stadt? Sicher nicht die Bevölkerung, sondern nur der Stadtrat. Eine Seebühne, die, sei sie nun gross oder klein, nicht in ein so sensibles und bereits durch das Strandbad Stampf stark strapaziertes Gebiet gehört. Zählt im Stadthaus eigentlich nur Kultur und Sport und die Eigeninteressen von ein paar wenigen Personen, die persönlich profitieren? Wo bleibt das Verständnis für die Ruhe und Erholungssuchenden? Sowie die dort lebenden Wasservögel?

Wir haben für Orchester einen nicht ausgelasteten Stadtsaal, welcher ja angeblich mit vielen Steuergeldern auch in der Akustik verbessert wurde. Wir haben ein Fussballstadion mit einer Tribüne und vorhandener Infrastruktur, in der sicher auch noch eine Bühne aufgebaut werden könnte. Wieso kann diese Art Kultur nur mit einer Seebühne stattfinden?

Wir stellen fest, unserem Stadtrat fehlt jegliche Sensibilität für die Natur. Es werden ohne Wenn und Aber Fruchtfolgeflächen eingezont. Es wird Landbesitzern mit Enteignung gedroht, wenn sie das Land nicht für Sportfelder zur Verfügung stellen. Es werden die Richtplan-Leitlinien, die kommunale Natur- und Denkmalschutzverordnung und die Erhaltungsziele des nationalen Inventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) im Meienberg nicht berücksichtigt. Und jetzt kommt bereits zum zweiten Mal das Thema Seebühne.

Wenn wir uns auch in unseren Feststellungen wiederholen. Die Ortspartei der SVP ist der Meinung, dass der Ökologie Rechnung getragen werden muss und dass eine Seebühne, absolut überflüssig und ausschliesslich mit negativen Folgen für unsere Stadt behaftet ist.

Hedy Fürer-Ulrich, SVP Rapperswil-Jona

Meienberg-Einzonung ist rechtlich heikel

Der neue Zonenplan der Stadt Rapperswil-Jona nennt als ein wichtiges strategisches Ziel die Verdichtung nach innen. Statt dass Städte weiter in die Landschaft hinaus wuchern, soll der Siedlungswachstum hauptsächlich durch eine dichtere Bauweise innerhalb der bereits bebauten Fläche realisiert werden. Pro Natura St. Gallen-Appenzell unterstützt dieses Bestreben, wobei aber immer die verschiedensten raumplanerischen Interessen sorgfältig gegeneinander abzuwägen sind. Verdichtung soll nicht auf Kosten der Wohnqualität gehen. Attraktive städtische Wohnquartiere tragen nämlich wirkungsvoll dazu bei, den Drang «ins Grüne» zu vermindern. Sie helfen mit, die Zersiedelung der Landschaft und den Freizeitverkehr zu minimieren.

Die geplante Einzonung mehrerer Grundstücke im Gebiet Dornacker/Unterer Meienberg ist nun nicht gerade das, was man unter Verdichtung nach innen verstehen sollte. Das Gelände liegt am Siedlungsrand und gibt den Blick frei in die Landschaft. Die historischen Gebäude, die das Areal umgeben, erlangen ihre Wirkung nur im Zusammenhang mit dieser unbebauten, von alten Obstbäumen übersäten Wiese. Auch der Stadtrat selber attestiert dem Gebiet einen hohen landschafts- und ortsbildschützerischen Wert, hat er doch diese Gebäude unter kommunalen Schutz gestellt. Der beste Beitrag, den dieses schöne Gelände an eine wohnliche Stadt Rapperswil-Jona leisten kann, liegt nicht darin, vorschnell überbaut zu werden. Er liegt in seiner Freihaltung und in dessen Aufwertung als Naherholungsraum.

Die Einzonung der Grundstücke am Dornacker/Unteren Meienberg ist aus landschaftsschützerischer Sicht stossend und rechtlich heikel. Aufgrund der vorhandenen Baulandreserven ist sie in keiner Weise dringend. Pro Natura St. Gallen-Appenzell empfiehlt daher den Verzicht auf diese Einzonungen.

Monika Kriemler-Fritsche, Rapperswil-Jona, Vorstandsmitglied der Pro Natura St. Gallen-Appenzell

Hat Karadzic Privilegien verdient?

Zum Artikel «Karadzic bleibt Prozess weiter fern» in der Ausgabe vom 28. Oktober.

Darf Karadzic als Kriegsverbrecher im Falle des Völkermords in Jugoslawien (8000 Hingerichtete) Privilegien von Seiten des Gerichts erwarten? Da er nicht wie ein gewöhnlicher Straftäter mit Polizeigewalt aus dem Gefängnis an die Gerichtsverhandlung gezwungen wird?

Hanna Schubiger, Uznach

ANZEIGE